

BMV 26. März 2022

Referatsteil „Landespolitik – Umbau – Automobilindustrie“

Fred Herger

Ich möchte mich in meinem Referatsteil mit einigen Aspekten der Landespolitik und der sozial-ökonomischen Situation im Saarland beschäftigen.

Mit den Umbrüchen in der Industrie, der Krise bei Ford und den Defiziten in der öffentlichen Daseinsvorsorge, in der Bildung und im Gesundheitswesen, steht das Saarland vor riesigen Herausforderungen. Dramatisch zeigt sich, wie die einseitige Abhängigkeit von der Automobilindustrie zum sozialen Problem Nr. 1 im Saarland wird. Viele Saarländerinnen und Saarländern fürchten um ihre Arbeitsplätze und ihre Einkommen.

In aller Schärfe zeigt sich aktuell, dass die seit langem bestehenden Probleme und Defizite beim Lohnabstand, der Arbeitslosigkeit, mangelnder Kindertageseinrichtungen, Ganztags- und Gesamtschulen und in der gesundheitlichen Versorgung weiterbestehen.

Da wird von der Landesregierung der Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in den letzten Jahren gefeiert, aber verschwiegen, dass nahezu 20 Prozent der abhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten, und mehr als 20 Prozent geringfügig und befristet beschäftigt oder in Leiharbeit sind. Für die meisten, die in den prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, gab es in der Coronakrise keinen Ausgleich durch Kurzarbeitergeld. Insbesondere viele, die im Niedriglohnsektor arbeiten müssen, ebenso wie die Minijobber blieben und bleiben in dieser Lage ungeschützt, oftmals ohne Arbeit und Einkommen.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen liegt seit Jahren mehr oder weniger konstant bei 40 % der Arbeitslosen. Rund 15.000 erwerbsfähige Menschen mit ihren Angehörigen leben von Hartz IV, der modernen Almosenunterstützung. Die „stockende Arbeitslosigkeit“ im Kapitalismus ist und bleibt ein Jahrhundertsskandal. Ebenso wie die Wohnungsnot.

Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen im Saarland. Beim sozialen Wohnungsbau rangiert das Land bundesweit auf dem letzten Platz. Es verfügte 2021 gerade mal über 637 Sozialwohnungen gegenüber 5000 im Jahr 2005. Die Mieten und die Nebenkosten steigen rasant. Rund 58 Prozent aller Saarbrücker Miethaushalte sind mit ihrer Bruttowarmmiete finanziell überlastet. Schon 2020 wurde rund 3000 Stromsperrungen verhängt. Mit den explodierenden Energiepreisen bahnen sich soziale Katastrophen für viele Haushalte an. Die Armut allgemein, insbesondere der Kinder und Alten, nimmt zu.

Während in dieser Situation von der Ampel-Koalition 100 Milliarden in den Rüstungshaushalt gesteckt werden, wird in Berlin über einen bescheidenen Heizkostenzuschuss für die ärmsten Haushalte gestritten. Das Bündnis „Soziales Wohnen“ unter Beteiligung der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt fordert einen „Sonderfonds Wohnen“ in Höhe von 6 Milliarden Euro Fördergeldern, allein um die geplanten 100.000 Sozialwohnungen und weiteren 60.000 bezahlbaren Wohnungen zu finanzieren.

Der Finanznotstand der öffentlichen Haushalte im Saarland ist weiterhin dramatisch. Im Landeshaushalt sind in diesem Jahr 258 Millionen Euro Neuverschuldung eingeplant. Im Vorjahr waren es knapp 400 Millionen. Im Jahr 2025, wenn mit der Schuldenbremse die Pflicht zur Rückzahlung wieder einsetzt, klafft eine Lücke von 363 Millionen. Schon jetzt fehlt es überall an Personal im öffentlichen Dienst, um den Wohnungsbau und wichtige Infrastrukturprojekte im

Land zu planen und zu entwickeln. Die Hauptlast tragen die Kommunen, für die überhaupt keine Gestaltungsspielräume verbleiben. Die von allen Parteien geforderte Altschuldenregelung ist immer noch nicht in Sicht.

Der Sparkurs des vergangenen Jahrzehnt wird auch unter einer neuen Landesregierung, wahrscheinlich erneut eine Groko, zu Lasten der Masse der Arbeitenden und Arbeitslosen weitergehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der sozialökonomische Umbau ist nicht nur global zu einer Überlebensfrage geworden. Heruntergebrochen auf das Saarland ist der Umbau zu einer Überlebensfrage für die Arbeits- und Lebenssituation der Menschen im Saarland geworden.

All zulange wurde auf Produktion und Produkte gesetzt, die aus ökologischen Gründen nicht zukunftsfähig sind (fossile Stromerzeugung, Autoproduktion). Der einseitige sozial und ökologisch fragwürdige Ausbau der E-Mobilität wird diese Abhängigkeit nicht beseitigen. An der Eisenverhüttung mit Hilfe von Wasserstoff führt kein Weg vorbei, wenn die Stahlarbeitsplätze gesichert werden sollen. Die Frage spitzt sich zu: Wie schnell kann genügend Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, um den riesigen Energiebedarf für den sozial-ökologischen Umbau zu decken. Die aktuelle Kriegs- und Sanktionspolitik wirft uns in dieser überlebenswichtigen Frage, der Herstellung von „grünem Strom“, um Jahrzehnte zurück.

Für die profitgetriebene Ignoranz der Automobil- und der Energiekonzerne gegenüber dem Klimawandel und den ökologischen Erfordernissen sollen wir alle zahlen. Die Lasten des Umbaus sollen vor allem der arbeitenden Bevölkerung, den Beschäftigten in Betrieben, Verwaltungen und in der Daseinsfürsorge und dem arbeitenden Mittelstand aufgebürdet werden. Dafür beispielgebend ist die CO-2 Steuer, die als Zwangssteuer ohne nennenswerten Ausgleich für den Normalbürger eingeführt wurde.

Auch im laufenden Umbauprozess werden die Beschäftigten in den Industriebetrieben erpresst. Wie bereits im Fahrwasser von Corona nutzen die Unternehmensbosse die Gunst der Stunde, um Arbeitsplatz- und Sozialabbau durchzudrücken, die Produktion noch schlanker zu machen und erkämpfte Arbeitsrechte zumindest teilweise einzukassieren. Das gilt für Ford, ZF, Bosch, Schaeffler, Eberspächer und andere. Sie profitieren massiv vom Kurzarbeitergeld, während sich die Beschäftigten mit Lohnverlusten abfinden müssen.

Ohne Widerstand wird es nur einen Umbau im Interesse der Großkonzerne geben. Eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung spielen die Gewerkschaften, die in den Betrieben gemeinsam mit den Belegschaften für einen sozial ausgerichteten ökologischen Umbau kämpfen. Ein Beispiel: Bei ihrem Walk of Steel im Januar 2020 haben Kolleginnen und Kollegen, Betriebsräte und IG-Metall-Vertrauensleute von Saarstahl eindrucksvoll demonstriert, dass sie nicht nur kurzfristig um ihre Arbeitsplätze kämpfen, sondern auch die Herausforderungen für den Umbau der Produktionsgrundlagen erkennen und damit um die Zukunft ihre Branche kämpfen.

Die Parteien der bisherigen Landesregierung geben zwar ihr Bekenntnis für die ökologische Transformation ab; bei der Umsetzung und der Beherrschung der sozialen Folgen aber sind sie rat- und zahnlos. Das Krisenszenario bei Ford zeigt dramatisch, wie schnell die hochfliegenden Pläne der Groko einer Elektromobilität-Zukunft für das Saarland platzen können. Ford ist auch ein Beispiel für das Versagen des kapitalistischen Marktprinzips, auf dessen Wirksamkeit die

Landesregierung immer wieder gehofft hat. Eine Garantie für die Fortexistenz von Ford Saarlouis liegt bis jetzt nicht vor, und dennoch werden jetzt aus Steuergeldern Millionen Subventionen für die Batterieproduktion von S-Volt in Überherrn verschenkt. Droht schon wieder ein Milliardengrab? Im Artikel unseres Saarlandreports ist die Situation bei Ford beschrieben und es werden Alternativen aufgezeigt.

Dass es ans Eingemachte geht, haben auch die Landesregierung und die sie tragenden Parteien erkannt. Doch die Kluft zwischen Erkennen und Handeln geht angesichts der Dynamik der Entwicklung immer weiter auseinander. Schon lange überfällig ist ein Handlungskonzept der Landesregierung für den sozial-ökologischen Umbau.

Wer die Deindustrialisierung und die sozialen Folgen wirklich verhindern, den industriellen Kern erhalten und weiter entwickeln will, muss sich von gängigen Denk- und Handlungsweisen des Kapitalismus verabschieden.

Das fängt schon mit der Frage der Finanzierung an. Um den sozialen Niedergang in unserem Land zu stoppen brauchen wir eine Umverteilung des Reichtums. Laut Oxfam haben sich in den Corona-Zeiten weltweit die Vermögen der zehn reichsten Milliardäre verdoppelt, während sich die Armut um weitere Millionen Menschen verschärft. Und Deutschland ist nicht das Schlusslicht in dieser Entwicklung. Der Sprecher der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände fordert deshalb zu Recht eine Reichensteuer zur Bekämpfung der Armut.

Wir wissen: Die Spielräume für eine notwendige Politik des aktiven sozialen und ökologischen Strukturwandels sind im Saarland „grausam eng“. Diese Aufgabe kann nicht allein oder überwiegend aus dem Lohnsteueraufkommen der Arbeitenden bewältigt werden. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, einmalige Vermögensabgaben, höhere Unternehmenssteuern, kurzum eine Millionärssteuer in welcher Form auch immer.

Darüberhinaus ist eine gesamtgesellschaftliche Planung erforderlich, um den sozial-ökologischen Umbau, der Entwicklung einer Verkehrs- und Energiewende, nicht der angeblichen Spontanität des kapitalistischen Marktes zu überlassen. Darin knüpft unser Aufruf „Umbau für die Saarländer\*innen – nicht für den Profit! Energiepreise stoppen!“ an. Mit ihm wollen wir in die politischen Debatten eingreifen und in den sozialen und Umwelt- und Friedensbewegungen, in Gewerkschaften und Belegschaften für eine neue Politik werben.

Lasst uns den Aufruf bekannter machen und Unterschriften sammeln!